

Die Halle monatlich bei zweimonatlicher... 22,50 Mfr., durch die Post 22,50 Mfr., auschl. Zustellungsgebühr.

Zeitung

Die 8 gelbten 34 mm breite Millimeterzeile oder deren Raum 60 Pf., Familienanzeigen 40 Pf., Reklamen die 92 mm breite Millimeterzeile 2,50 Mfr.

Alle Mann an Deck.

In den ersten drei Akten unserer Abhandlungsreihe 'Alle Mann an Deck' haben wir bereits verschiedene Fragen angeklammert, deren Durchführung für den Wiederaufbau...

Es wird da in erster Linie auf die Notwendigkeit der Heranziehung landarbeitender Arbeitskräfte aus der Stadt auf das Land hingewiesen.

Ferner wird uns der Grundgedanke der vorgeschlagenen Richtlinien durchaus wertvoll erscheinen, der die Produktion der Arbeitskräfte für die Industrie in den Vordergrund rückt.

Der Arbeiter wird als ein Individuum betrachtet, das nicht nur durch seine Arbeit, sondern auch durch seine Persönlichkeit...

Die zweite Anpassung der Preise an die Löhne und Gehälter auf die Beseitigung unproduktiver Ausgaben in Industrie, Handel und Landwirtschaft...

Die dritte Anpassung der Preise an die Löhne und Gehälter auf die Beseitigung unproduktiver Ausgaben in Industrie, Handel und Landwirtschaft...

Die vierte Anpassung der Preise an die Löhne und Gehälter auf die Beseitigung unproduktiver Ausgaben in Industrie, Handel und Landwirtschaft...

Die fünfte Anpassung der Preise an die Löhne und Gehälter auf die Beseitigung unproduktiver Ausgaben in Industrie, Handel und Landwirtschaft...

Maßnahmen herbeizuführen. Wie die Dinge liegen, ist an einen Abbau der Löhne zur Herbeiführung einer Preislenkung der Fabrikate nicht zu denken.

Die Richtlinien für die Volkswirtschaft.

Im Anschluß an einen unabhängigen Antrag auf Erweiterung der Erwerbslosenfürsorge hat die demokratische Fraktion im Reichstage am 1. August 1920 einen Antrag für die Überwindung der Wirtschaftskrise...

Der Reichstag wolle beschließen, nachstehende Maßnahmen zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und Hebung der Wirtschaftskraft in Erwägung zu ziehen:

1. In kräftiger Weise die Umstellung von selbständigen Bauern und von Landarbeitern zu fördern und dazu insbesondere auch landarbeitende Arbeitskräfte aus der Stadt heranzuziehen.

2. Durch geeignete Maßnahmen zur Senkung der Bauhofpreise, die eine untragbare Höhe erreicht haben, besonders die Löhne können durch Überlassung von Bauholz zu angemessenen Preisen...

3. In Weiterführung der produktiven Erwerbslosenfürsorge, besonders die für den Massenbedarf arbeitenden Industriezweige wie Schuh- und Textilindustrie, Baustoffindustrie zur Gütererzeugung anzuzeigen.

4. Durch Vornahme der baureifen Kanäle, durch Bahnanbauten, Oedlandkulturen usw. produktive Arbeit zu schaffen und dafür erforderlichenfalls auch die Mittel der produktiven Erwerbslosenfürsorge einzusetzen.

5. Eine nicht unbedingt erforderliche Kontostimmungen und sonstigen Ausfuhrerschwererungen energisch zu fördern.

6. Zweckmäßige Anhebung der Preise an die Löhne und Gehälter auf die Beseitigung unproduktiver Ausgaben in Industrie, Handel und Landwirtschaft...

7. Zweckmäßige Anhebung der Preise an die Löhne und Gehälter auf die Beseitigung unproduktiver Ausgaben in Industrie, Handel und Landwirtschaft...

8. Zweckmäßige Anhebung der Preise an die Löhne und Gehälter auf die Beseitigung unproduktiver Ausgaben in Industrie, Handel und Landwirtschaft...

9. Zweckmäßige Anhebung der Preise an die Löhne und Gehälter auf die Beseitigung unproduktiver Ausgaben in Industrie, Handel und Landwirtschaft...

ist und die letztere hofft, Mittel und Wege zu finden, die aus der Finanzlage entnommene Spannung im Sinne der Völkerverständigung zu erliegen.

Was bedeutet die in der vorstehenden Meldung angegebene 'Spannung'? Etwa Forderungen der Art, wie sie vor einem Jahr wegen Förmung des französischen Interoffiziers Paul Mannheim vom Marfchall Hoch durchgesetzt wurden?

Es sich denn nicht auch die 'Zägliche Rundschau' klar machen kann, daß solche Ausführungen in dem gegenwärtigen Momente nur geeignet sind, die Stellung der deutschen Regierung und damit die Aussicht auf eine für Deutschland günstige Besetzung des Konstantin zu erschweren?

Der 'Zägliche Rundschau' scheint es auch noch im besondern unangenehm zu sein, daß Deutschland sich behauptet Beseitigung der Spannung auf die Völkerverständigung berufen will, so meint, die offizielle Meldung könne doch wohl nur so gedeutet werden, daß Deutschland an internationale Völkerverständigungen aus der Vorkriegszeit appelliert.

Unsere diplomatischen Vertretungen im Ausland. Nach einer Mitteilung der Zentrum-Parlamentarier...

Italiens Kritik am Frieden von St. Germain.

Nam, 6. August. ('Stefanie') Die Kammer wird heute die Besprechung des Vertrages von St. Germain beginnen. Der Berichterstatter des Ausschusses hat einen Bericht vorgelegt, der die Kammer auffordert, den Vertrag zu ratifizieren...

Die Besprechung des Vertrages von St. Germain beginnt heute in der Kammer. Der Berichterstatter des Ausschusses hat einen Bericht vorgelegt, der die Kammer auffordert, den Vertrag zu ratifizieren...

Die Besprechung des Vertrages von St. Germain beginnt heute in der Kammer. Der Berichterstatter des Ausschusses hat einen Bericht vorgelegt, der die Kammer auffordert, den Vertrag zu ratifizieren...

Die Besprechung des Vertrages von St. Germain beginnt heute in der Kammer. Der Berichterstatter des Ausschusses hat einen Bericht vorgelegt, der die Kammer auffordert, den Vertrag zu ratifizieren...

Die chauvinistische Presse hegt weiter.

Aus der Reichsminister des Auswärtigen Dr. Simons in der Reichstagskammer am Donnerstag davon Mitteilung machte, daß er mit dem französischen Gesandten eine sehr ernste Unterredung in der Frage der Erwerbslosenfürsorge in der Umwandlung der Erwerbslosenfürsorge in eine Arbeitslosenversicherung...

Die aus der Aufhebung des Reichs-Angebots hergeleiteten Einseitigkeit, die so ganz anders behandelt werden als Österreich, als wenn sie an dem Krieg nicht in demselben Maße wie letzteres teilgenommen hätten, während andere Staaten wie Montenegro gar nicht zur Konferenz zugelassen wurden.

Der Bericht weist darauf hin, daß der Vertrag einen beträchtlichen Teil der italienischen Grenze noch unbestimmt läßt, und betont außerdem den Gegensatz zwischen den Grundzügen, die durch feierliche Erklärung bestätigt wurden, welche die Grundzüge des Friedens bilden sollten einerseits und den wirklichen Vertragsbedingungen andererseits. Der Bericht preist die Mitauinahme des Völkerbundesvertrages und des grundlegenden Teils der internationalen Arbeitsorganisation. Der Bericht erklärt, der Ausschuss habe den Vertrag nicht im einzelnen prüfen wollen, denn es sei doch seine Veränderung schwer möglich, aber er hoffe, daß seine Bemerkungen und die von den Volksvertretern geäußerten Meinungen die Regierung zu ihren weiteren Beziehungen mit den Verbündeten und mit den Besiegten bezüglich der Anwendung des Vertrages leiten könnten.

Hinsichtlich der neuen Gebiete, die annektriert werden sollen, schlägt der Ausschuss zwei Tagesordnungen vor: die eine fordert die Regierung auf, baldigt Maßnahmen in diesen Gebieten vorzunehmen, damit die gefestigten Vertreter ihrer Bevölkerung mit der Regierung zusammenarbeiten können, die zweite Tagesordnung mit der des Königreiches in Übereinstimmung zu bringen; die zweite Tagesordnung schlägt Annetktion vor, entsprechend dem in Artikel 12 enthaltenen.

Der Minister des Auswärtigen Graf Czernin erklärte, die italienische Bevölkerung an der oberen Elbe und im Trentino würde endlich alle Rechte und Pflichten ihrer Zugehörigkeit übernehmen; die deutsche Bevölkerung u. a. im Laufe der Jahre würde die ihnen überhöhten Rechte, wurde ihre Sprache, ihre Ansichten und ihre besondere Interessen völlig gewahrt zu sein.

Persien verweigert die Genugtuung.

Wie die „Dema“ an zehnjähriger Stelle erklärt, verhandelte die deutsche Regierung seit zwei Monaten mit der persischen Regierung, um von dieser Genugtuung für die Ermordung des deutschen Konsuls in Teheran zu erhalten. Die persische Regierung zeigte die persische Regierung, beunruhigend, bisher keine Einzelheiten entgegenkommen. Sie stellte sich auf den Standpunkt, daß sie zur Zeit der gemeinsamen Lösung des Wustroms in Teheran keinerlei tatsächliche Gewalt besessen habe, auch sei Wustrom zur fraglichen Zeit nicht mehr als deutscher Konsul anzusehen gewesen. Schließlich traf die Konsul an seinem Tode selber ein Verbrechen, da er das Feuer aus dem Konsulat eröffnet habe. Diese Behauptungen der persischen Regierung konnten in jedem Punkte als falsch widerlegt werden. Die persische Regierung verweigerte sich nunmehr hinter der Behauptung Wustrom habe Schiama begangen. Die Regierung des deutschen Konsulats in Teheran erklärte, daß diese Annahme der persischen Regierung nach jeder Richtung hin als unhaltbar. Sie lehnt jede Verantwortung für den Tod des Konsuls Wustrom ab und verweigert dementsprechend auch die schuldige Genugtuung.

Dr. Simons über den Völkerbund.

Reichsminister Dr. Simons gewährte vor seiner Abreise einem Vertreter der „Deutsche Liga für Völkerbund“ eine Unterredung in der er u. a. ausführte: Die Anregung der „Deutschen Liga für Völkerbund“, die Friedensangelegenheiten unter Berücksichtigung der Völkerbundesbeziehung zu behandeln, entsprach ganz meinen Wünschen. Ich habe der französischen Regierung in der letzten Zeit in dieser Sache übermittelten Not vorzulegen, die Erzielung des Falles dem Völkerbund zu übertragen. Eine solche Erzielung ist ja in Artikel 17 der Völkerbundesbeziehung auch für den Fall vorgesehen, daß einer der an der Streitfrage beteiligten Staaten nicht Mitglied des Völkerbundes ist. Ich habe der französischen Regierung auch namens der deutschen Regierung erklärt, daß Deutschland bereit ist, die Bestimmungen der Artikel 12-16 der Völkerbundesbeziehung anzuerkennen.

Ich will nicht unterlassen, ob die französische Regierung nicht die Mitglieder des Völkerbundes so gar die Pflicht hat, den Streitfall im gegenwärtigen Stadium dem Völkerbund zu unterbreiten. Jedenfalls bietet ihr Artikel 11, Absatz 2, auch die formelle Möglichkeit, auf unseren Vorschlag einzugehen. Ich möchte aber betonen, daß die Völkerbundesbeziehung ein Teil des Friedensvertrages ist. Sie müssen, daß ich diesen Ansehlichkeit als eine Aufgabe meiner Politik betrachte. Der Friedensvertrag ist wesentlich gekennzeichnet dadurch, daß er Deutschland eine gewisse Anerkennung einseitig einräumt, was u. a. in der Weise, daß die deutsche Politik darauf bedacht sein muß, daß er auch in den letzten sehr wichtigen Punkten beachtet wird, wo er Deutschland die Rechte läßt oder wo seine Bestimmungen internationalen Verpflichtungen bezeugen, denen alle vertragschließenden Teile gleichmäßig unterworfen sind. Wir haben die Völkerbundesbeziehung, ohne Mitglied werden zu können, unterzeichnen müssen und die Wirksamkeit des Völkerbundes positiv anerkennen müssen in allen Fällen, wo es gemäß dem Friedensvertrag Aufgaben aus gegenüber übernehmen hat; als Zeugnissen des Gesamtgeistes, als Schlichter der Streitigkeiten, die schon eine für uns lächerliche Bedeutung gewonnen. In anderen Fällen ist es die Wirksamkeit bisher hinter den Aufgaben zurückzuführen, die ihm durch den Friedensvertrag gelegt hat. Ich erinnere nur an die Frage der deutschen Kolonien. Um für ein größeres Interesse haben nicht nur wir, sondern alle Signatarmächte des Friedensvertrages daran, daß die guten Grundlagen, auf denen der Gehalte des Völkerbundes beruht, nicht

bedroht können. Diese feste Grundlage muß sein das Prinzip der Schlichtung als Mittel. Es zur Anwendung zu bringen, bietet sich hier dem Grunde ein Beispiel; mit dem Prinzip kann er zugleich als sehr dringenden und sein moralisches Ansehen wieder herzustellen, das Ereignisse im Osten bedenklich erfüllt haben. Darum war mit die Anregung Ihres Vize sehr willkommen.

Der Friedensvertrag in allen seinen Teilen haben die Vertreter bitter ernst gemeint, und wir haben allen Grund, ihm ebenso bitter ernst zu nehmen. Besonders für die alliierten Mächte bedeutet er den Verlust, das Ergebnis des Krieges als ihren Erfolg zu realisieren, und das geht nur auf unsere Kosten. Sein erster Teil, aber, die Völkerbundesbeziehung, bedeutet den Verlust, die für die ersten Entscheidungen des Weltkrieges angestrebten friedlichen Verkehrs aller Völker zu verwerten. Die Gewinnen, die diesem Verlust zugrunde liegen, haben sich in den letzten Jahren in der ganzen Welt verbreitet; sie sind zu teuer erkauft, als daß die Menschheit sie jemals wieder fahren lassen könnte. Jeder ernstgemeinte Vorschlag, den Völkerbund mit der Lösung internationaler Spannungen zu betonen, bringt die Gesamtheit einen kleinen Schritt näher an das hohe Ziel.

Friedensvertrag und Binnenschifffahrt.

Das Reichsministerium für Wiederaufbau teilt mit: Die Durchführung des Friedensvertrages führt auf dem Gebiete der Binnenschifffahrt in folgendem Maße zu plötzlich auftretenden Fragen, die im Wesentlichen mit einer Anzahl beteiligter Reichsregierungen zu jenseitiger Erzielung gebracht werden müssen. Nach der Zuständigkeitsabgrenzung werden die Fragen des Ausbaus der Wasserstraßen und der im Friedensvertrage vorgesehenen internationalen Flusshinterlassungen dem Reichsregierungsminister, die übrigen Angelegenheiten zur Durchführung des Friedensvertrages aber im Wiederaufbauministerium bearbeitet, während die Vertretung des Reichs im Verkehr mit den auswärtigen Mächten in allen Fällen dem Auswärtigen Amt zugeht. Daneben sind aber oft auch noch andere Reichsbehörden bei Erzielung der Aufgaben im Binnenschifffahrtsbereich beteiligt. Diese Zerstückelung hat häufig unliebsame Verzögerungen in der geschäftlichen Behandlung herbeigeführt, und es ist daher dem Wiederaufbauministerium eine Reichsregierungskommission für Binnenschifffahrtfragen bei Durchführung des Friedensvertrages von der zuständigen Stelle schnellstens in die Hand genommen worden, wodurch die Mitwirkung der übrigen beteiligten Stellen durch gemeinsame Erörterung in der Kommission beschleunigt und erleichtert wird. Fragen der Ausführung des Friedensvertrages auf dem Gebiete der Binnenschifffahrt, für die nicht ohne weiteres die Zuständigkeit einer bestimmten Stelle zweifellos gegeben ist, sind dem Wiederaufbauministerium, Abteilung Schifffahrt (Berlin W. 15, Aufwärtendamm Nr. 103/104), zu entsprechender Befähigung zu übergeben.

Der russisch-polnische Krieg.

Berlin, 7. August. Wie das „Berl. Tageblatt“ an Königsberg meldet, sind an der Nordfront die Polen wieder zurückgegangen und halten die als Hauptstellung ausgebaute Linie Gogolaj—Wafow—Wulst und weiter dem Norden entlang bis Modelin. Da bei Modelin die vorbereiteten Eisenbahnen nach Nordwestlich von Warschau liegen, steht fest, daß die Polen strategisch Warschau bereits aufgegeben haben.

London, 6. August. Die polnische Regierung hat gestern Nachmittag um 4 Uhr 45 folgenden Frankreich abgeben: Die polnische Regierung hat Kenntnis von den neuen Vorschlägen der Alliierten bekommen. Die polnische Regierung glaubt verlangen zu können, daß mindestens ein Waffenstillstand abgeschlossen wird, der während seiner Dauer jede Aktion der beiden Gegner ausschließt.

London, 6. August. In der durch Kamenew überreichten Note heißt es u. a.: Es versteht sich von selbst, daß die russische Sowjetregierung nicht beabsichtigt, daß die Verhandlungen über den Waffenstillstand mit dem Abschluß des endgültigen Friedensvertrages zwischen Polen und Rußland zu vereinigen. Dennoch ist es unvermeidlich, daß Verhandlungen über einen Waffenstillstand notwendigerweise gewisse Bedingungen und Sicherheiten in sich schließen. Die Geschichte des polnischen Angriffes auf Rußland und die unbedeutende Anzahl der polnischen Soldaten und fortdauernden Hilfe, welche Polen von Frankreich erhält, sowie die Anwesenheit des Heeres des Generals Wrangel in der Krime, den die französische Regierung ebenfalls unterstützt, nötigen die russische Regierung, mit den Waffenstillstandsbedingungen gewisse Verpflichtungen zu verbinden, die es Polen unmöglich machen würden, die Zeit des Waffenstillstandes dazu zu benutzen, neue Feindseligkeiten gegen Rußland vorzubereiten. Zu den geforderten Bedingungen gehört eine teilweise Entnationalisierung, Einziehung der Renteurkunden, sowohl der Freimittel, als auch der anderen Mannschaften. Am Ende der Note heißt es: „Tatsächlich hat in seiner Note vom 22. Juli eine Konferenz lediglich mit den Entente-Mächten vorgezogen. Der Nutzen einer solchen Konferenz würde in der Tat liegen, daß andere Staaten keinen Krieg ohne die Hilfe der Hauptmächte der Entente führen können, so daß diese Konferenz tatsächlich Sitzungen für den allgemeinen europäischen Frieden bringen würde.“

Die Londoner Friedenskonferenz findet doch statt.

London, 6. Aug. Der Korrespondent des „Evening Standard“ erklärt, daß die englische Regierung nicht den Wunsch hat, daß die russische Regierung in London eine Konferenz abgehalten werden soll, auf der die polnische Regierung die russische Regierung in London nach Beendigung der letzten Verhandlungen zwischen Polen und Rußland die Frage des polnischen Friedens besprochen werden soll. Die russische Regierung und die Alliierten werden wahrscheinlich auf der

Konferenz vertreten sein. Das Blatt bringt diesen Bericht mit dem Vorbehalt, daß die volle Zustimmung Frankreichs erwartet werde, aber noch nicht erklärt worden sei.

Widerstand der französischen Sozialisten.

Paris, 7. August. Die sozialdemokratische Partei Frankreichs hat, wie die „Humanité“ meldet, gemeinsam mit dem allgemeinen Arbeiterverband gestern nachmittag beschlossen, sofort Schritte zu unternehmen, um gegen jedes Unternehmen gegen Sowjetrußland zu protestieren.

Widerstand der englischen Arbeiter.

London, 6. August. Neuter. Ein von 8 Mitgliedern der Arbeiterpartei des Unterhauses und hervorragenden Gewerkschaftsführern unterzeichnetes Manifest erklärt feierlich, daß die englische Arbeiterklasse es ablehnt, bei einem Krieg als Bundesgenossen Polens Hilfe zu leisten.

Der Schutz Ostpreußens.

Paris, 7. August. Die deutsche Regierung hat in einer Note an den Obersten Rat erneut auf die Notwendigkeit hingewiesen, Vollmacht für Entsendung von Wehrmachtstruppen in das Abwehrgebiet von Westpreußen und Ostpreußen zu erhalten. „Journal“ erklärt dazu, daß die Alliierten auf die ersten beiden Noten der deutschen Regierung noch nicht geantwortet hätten, wohl zwischen Paris und London verschiedene Aufstellungen beständen.

Drohender Generalfreist im Kreise Hindenburg.

Im Kreise Hindenburg droht der Ausbruch eines Generalfreist. Die gesamte Wehrmacht der Obersten Ratskommission in Hindenburg ist wegen Verletzung dreier Artikel des in den Ausland gerichteten. Die Verhandlungen mit dem Wehrmachtverband in Kottbus, vor dem partiellen Scheitern in Weiden und dem Schlichtungsausschuss in Gleiwitz führten zu keinem Ergebnis. Die Wehrmachtigen sämtlicher anderen Teile des Reiches Hindenburg haben einen Sympathiestreit angekündigt, mit dem die Obersten Ratskommission die Abwehr durch zweiseitige Arbeitsleistung den Anfang machen.

Deutsches Reich.

Verkehrsstreit.

W. B. Mainz, 7. Aug. Seit heute morgen streiken die Angestellten der Wiesbadener Straßenbahn und der Süddeutschen Eisenbahn-Gesellschaft. Die Union Mainz-Wiesbaden und Arbeiter-Wiesbaden vertreten daher auch nicht.

Der Hauptauschuss des Reichsverbandes der deutschen Industrie beschloß, von Regierung und Reichstag die schließliche Aufhebung der sogenannten sozialen Auszubehabg ab zu fordern. Die Voraussetzungen, unter denen sie freiwillig von der Zentralarbeitsgemeinschaft beschlossen worden sei, seien bereits im Zeitpunkt des Inkrafttretens der Abgabe nicht mehr vorhanden gewesen, im Gegenteil hätte bereits damals die folgende Auszubehabg eine Hemmung vermieden müssen. Die Wirkung dieser Abgabe sei im höchsten Maße unangenehm, da die deutschen Erzeugnisse den Auslandsmarkt erschwere und weiter greifende Arbeitslosigkeit mit sich bringe.

Der Wollische Nachrichtenendienst und die ausländischen Telegraphen-Agenturen. Zu dem Gegenseitigkeitsvertrag des Wollischen Telegraphenbüros mit ausländischen Nachrichten-Agenturen schreiben die „Münch. N. N.“: Wie wir erfahren, soll der große amerikanische Zeitungserleger Hearst die Pflicht gehabt haben, für seine Blätter, die im Gegenseitig mit der englisch beeinflussten Presse, begonnen haben, Interesse und Verständnis für deutsche Verhältnisse zu zeigen, eine direkte Telegraphenverbindung mit Deutschland herzustellen. Die deutsche Reichsregierung soll Hearst Erlaubnis abgelehnt haben, weil die Wünsche der Engländer zu mißfallen, wenn sie der englischen Presse, congegellend eine Konkurrenz zulasse. Die Zeiten sind vorbei, wo man in Bayern willig und tatlos den Berlinern das unabsehbar wichtige Gebiet des Nachrichtenendienstes überlassen hat. Man scheint in Berlin noch nicht recht zu merken, welche Erbitterung allmählich in Süddeutschland gegenüber dem politischen und wirtschaftlichen Treiben Berlins angewachsen ist. Die Bayern sehr stolz zum Reich gehören und an seinem Gelingen den lebhaftesten Anteil nimmt, wird es Wege zu finden müssen, derartige unerwartete Schwankungen der Interessen des deutschen Gesamtvolkes zu beseitigen. Und zwar sind sich alle vernünftigen Parteien hier einig; jeder, vom äußersten Konfession bis zum Sozialdemokraten, kehrt mit der gleichen Erbitterung und den gleichen Eindrücken von Berlin zurück.

Mitteilungsdruck des Ministers Hermes. Der fünfte Ausbruch des Reichstages verhandelte am Donnerstag nachmittag über die Reichswehrwirtschaft. Es lag ein Programm vor, die Reichswehr herabzusetzen, um die, wie der „Vorwärts“ berichtet, mit großer Heftigkeit geäußert wurde. Nachdem Minister Hermes gedroht hatte, er werde von seinem Amt zurücktreten, wenn der Antrag abgelehnt würde, da er die hohen Viehpreise nicht mehr verantworten könne, entsprach der Ausschuss mit 15 gegen 13 Stimmen der Vorlage. Für den Antrag stimmten die 7 Ausschussmitglieder der Sozialdemokratie, die 5 Unabhängigen, und zum Zentrum 3 Kommmissionsmitglieder, die im Industriegebiet gewählt sind. Die übrigen Zentrumseute und die anderen Parteien stimmten gegen die Preisfestlegung. Das Zentrum

Reiner Weinbrand
Jacob Stück Nachfolger, Hanau a/M.
General-Vertreter: Otto Mendt, Leipzig, Berggartenstrasse 25.

Wohl soll nach den neuesten Berechnungen um 1,20 Mk. billiger werden. Die Viehpreise für Lebendgewicht sind ansgemäss um 40 Mark herabgesetzt.

Ausland.

Waffenlieferungen in Desterreich. Wien, 7. Aug. Die 'Neidspol' meldet aus Wien: Neufast, daß die Polizei einen grossen Waffenlieferungen in der Woeleckerstr. Munitionsfabrik entdeckt hat. Zwei im Munitionsfabrik beschäftigten Arbeiter hatten an einen ungarischen Major für die ungarische Armee Waffen und Munition verkauft.

Handel, Gewerbe und Verkehr.

Berliner Börse

vom 7. August 1920 (Telegramm).

Table with columns: Deutsche Werte, Ausländ. Werte, Eisenbahn-Aktionen, Schiffahrts-Aktionen, Bank-Aktionen, Industrie-Aktionen.

Tendenz: fest.

Leipzig Börse.

Leipzig, den 7. August 1920.

Table with columns: Halleische Zucker-Raffinerie, Leipziger Mclzbr., Landwirtsch. Masch., Mansfelder Gewerkschaft, Portland, Zementfabr. Halle, Prehltzer Brauerei, Priort.

Börsenstimmungsbitd.

Berlin, 7. August. Der Mittelstand des Börsenverkehrs littete anfänglich die wilde Aufwärtsbewegung in den Aktien der deutschen Petroleumgesellschaft, zu der angeblich Gerüchte über das Zustandekommen des Finanzabkommens mit kaiserlichen Firmen die Veranlassung bildete. Die Aktien erwarren in rascher Erholung mehr als 100 Prozent und erreichten den Kurs von 1120, um dann allmählich wieder 20 Prozent zu verlieren.

Die übrigen Petroleumwerte profitierten verhältnismässig wenig. Die Börse war auch im allgemeinen fest gestimmt. Erhebungen überwegen, nachdem aber nur vereinzelte abweichende Umfragen an. Sobald Kapital fast anfangs für Sommer-Aktien bevor, der automatische Gewinn von mehr als 10 Prozent konnte aber nur zum kleinen Teil antizipiert werden. Abschlüsse letzte die schon seitdem nachdrücklich beanspruchte Aufwärtsbewegung fort.

Auch Phönix stellten sich 6 Prozent höher. Das Geschäft bemerkt sich meist in ruhigen Bahnen, da die Möglichkeit auf die politische Lage naturgemäss hemmend wirkte. Deutschen waren abgeschwächt. In wichtigeren Aktien machte sich aber eine kleine Belebung geltend.

Devisenkurse.

Table with columns: Die amtlichen Notierungen für telegraphische Wechselkurse in Berlin, 7. August. Die amtlichen Notierungen für telegraphische Wechselkurse in Berlin, 7. August.

Produktenbericht.

Berlin, 7. August. Am Produktenmarkt hat die Kaufkraft für Getreide abgenommen, erst bei etwas nachlässigen Preisen entwickelte sich in diesem Artikel mehr Geschäft.

Letzte Depeschen.

Telegraphischer Spezialdienst der 'Saale-Zeitung'.

Keine Erhöhung der Brottration.

Verbesserung der Beschaffenheit des Brotes durch ausreichende Belieferung.

Wien, 7. August. (Eig. Drahtnachricht.) Von ausländischer Seite wird uns mitgeteilt: In der Oesterreichischen Reichshauptstadt wird die Erhöhung der Brottration oder eine Herabsetzung der Auszahlung bezweckt.

Dr. Simons über die Wiederaufnahme der deutsch-russischen Beziehungen.

Leipzig, 7. August. (Eig. Drahtnachricht.) Der Berl. Korrespondent der 'Leipziger Volkszeitung' hatte eine längere Unterredung mit dem Minister des Aeuseren Dr. Simons über die bevorstehende Wiederherstellung der deutsch-russischen diplomatischen Beziehungen.

Die Frage des Banats.

Paris, 7. August. (Eig. Drahtnachricht.) Nach einer Meldung des 'Journal' aus Belgrad wird dort der König von Rumänien mit mehreren Ministern erwartet.

Besserung der Lage?

Paris, 7. August. Der Londoner Vertreter des 'Morning Post' hat die Lage seit gestern für gebessert.

Zum Ministerbesuch in Ostpreussen.

Königsberg, 7. August. (Eig. Drahtnachricht.) Die hier weilenden Reichsminister Koch und Dr. Geiler verhandelten gestern mit den Vertretern der polnischen

wirtschaftlichen und berufständlichen Organisationen und der Presse über die belarischen Fragen, die sich aus der deutschen Neutralität im russisch-polnischen Krieg für Ostpreussen ergeben.

Dr. Geiler hat heute der hiesigen Presse Mitteilungen über die Ergebnisse gemacht, die der Reichsminister hier erhalten hat und über die Beurteilung, die der Minister der militärischen Lage hinsichtlich der Grenze nach der Beobachtung für Ostpreussen angesehen sieht.

Mit ganz besonderer Aufmerksamkeit hat der Minister von dem Bericht des letzten Wiederaufbaues in den Gebieten, die 1914 und 15 von den Russen heimgegriffen waren, Kenntnis genommen. Bei Festhaltung der ostpreussischen Truppen konnte Dr. Geiler sich von dem ausgezeichneten Zustand und der guten Stimmung der Truppen überzeugen.

Wichtigste Nachrichten über den Bau des Kabinetts. WTB, Berlin, 7. August. (Eig. Drahtnachricht.) Die 'Polnische Postzeitung' macht Mitteilungen, wonach die Aussicht auf einen Besuch des Abg. Korfuss als Vizepräsident in das Kabinett ausstehen, auf die Bildung des Wiederaufbauministeriums zu verzichten und dieses Ministerium in ein dem Ausserordentlichen Minister des Innern unterstellt zu werden.

Die deutsche W.A. Zeitung hat, handelt es sich bei diesen Mitteilungen um Kombinationen, die das Kabinett in seiner Weisung beschäftigt haben.

Polnische Wirtschaft.

Berlin, 7. August. (Eig. Drahtnachricht.) Auf Grund der Schwierigkeiten an Polen sind wir verpflichtet, eine große Anzahl von Wagons an Polen zu liefern.

Warnung für Auswanderer nach Russland.

WTB, Moskau, 6. August. Der Volkskommisariat für auswärtige Angelegenheiten hat folgende Mitteilung bekannt: Auf Grund einer Mitteilung des russischen Vertreters Kopp bezüglich der in Berliner Tageszeitungen durch unverantwortliche Personen ausgetretenen Nachrichten, daß Tausende von deutschen Auswanderern in der nächsten Zeit nach Russland abreisen können, wird hierdurch folgende Warnung für die Auswanderer gegeben: Es ist zu erwarten, daß die russischen Behörden, die ohne vorherige Erlaubnis der russischen Sowiejregierung und ohne die erforderlichen Dokumenten in den russischen Grenzorten erfaßt zu haben, die Absicht aus Deutschland unternehmen werden, beziehungsweise von der russischen Grenze zurückgeführt werden müssen.

Der am 1. Juli von Stettin abgegangene Transport ist von den russischen Behörden übernommen worden. Unter Berücksichtigung der äußerst schwierigen Lage der ankommenenden Auswanderer, die in Anbetracht der Grenzschwierigkeiten für ihre Fahrt nach Osten unter den gegebenen Umständen mit weiteren Schwierigkeiten zu rechnen.

Die Frage des Banats.

Paris, 7. August. (Eig. Drahtnachricht.) Nach einer Meldung des 'Journal' aus Belgrad wird dort der König von Rumänien mit mehreren Ministern erwartet.

Besserung der Lage?

Paris, 7. August. Der Londoner Vertreter des 'Morning Post' hat die Lage seit gestern für gebessert.

Zum Ministerbesuch in Ostpreussen.

Königsberg, 7. August. (Eig. Drahtnachricht.) Die hier weilenden Reichsminister Koch und Dr. Geiler verhandelten gestern mit den Vertretern der polnischen

wirtschaftlichen und berufständlichen Organisationen und der Presse über die belarischen Fragen, die sich aus der deutschen Neutralität im russisch-polnischen Krieg für Ostpreussen ergeben.

Dr. Geiler hat heute der hiesigen Presse Mitteilungen über die Ergebnisse gemacht, die der Reichsminister hier erhalten hat und über die Beurteilung, die der Minister der militärischen Lage hinsichtlich der Grenze nach der Beobachtung für Ostpreussen angesehen sieht.

Mit ganz besonderer Aufmerksamkeit hat der Minister von dem Bericht des letzten Wiederaufbaues in den Gebieten, die 1914 und 15 von den Russen heimgegriffen waren, Kenntnis genommen.

Bei Festhaltung der ostpreussischen Truppen konnte Dr. Geiler sich von dem ausgezeichneten Zustand und der guten Stimmung der Truppen überzeugen.

Wichtigste Nachrichten über den Bau des Kabinetts. WTB, Berlin, 7. August. (Eig. Drahtnachricht.) Die 'Polnische Postzeitung' macht Mitteilungen, wonach die Aussicht auf einen Besuch des Abg. Korfuss als Vizepräsident in das Kabinett ausstehen, auf die Bildung des Wiederaufbauministeriums zu verzichten und dieses Ministerium in ein dem Ausserordentlichen Minister des Innern unterstellt zu werden.

Die deutsche W.A. Zeitung hat, handelt es sich bei diesen Mitteilungen um Kombinationen, die das Kabinett in seiner Weisung beschäftigt haben.

Polnische Wirtschaft.

Berlin, 7. August. (Eig. Drahtnachricht.) Auf Grund der Schwierigkeiten an Polen sind wir verpflichtet, eine große Anzahl von Wagons an Polen zu liefern.

Warnung für Auswanderer nach Russland.

WTB, Moskau, 6. August. Der Volkskommisariat für auswärtige Angelegenheiten hat folgende Mitteilung bekannt: Auf Grund einer Mitteilung des russischen Vertreters Kopp bezüglich der in Berliner Tageszeitungen durch unverantwortliche Personen ausgetretenen Nachrichten, daß Tausende von deutschen Auswanderern in der nächsten Zeit nach Russland abreisen können, wird hierdurch folgende Warnung für die Auswanderer gegeben: Es ist zu erwarten, daß die russischen Behörden, die ohne vorherige Erlaubnis der russischen Sowiejregierung und ohne die erforderlichen Dokumenten in den russischen Grenzorten erfaßt zu haben, die Absicht aus Deutschland unternehmen werden, beziehungsweise von der russischen Grenze zurückgeführt werden müssen.

Der am 1. Juli von Stettin abgegangene Transport ist von den russischen Behörden übernommen worden. Unter Berücksichtigung der äußerst schwierigen Lage der ankommenenden Auswanderer, die in Anbetracht der Grenzschwierigkeiten für ihre Fahrt nach Osten unter den gegebenen Umständen mit weiteren Schwierigkeiten zu rechnen.

Die Frage des Banats.

Paris, 7. August. (Eig. Drahtnachricht.) Nach einer Meldung des 'Journal' aus Belgrad wird dort der König von Rumänien mit mehreren Ministern erwartet.

Besserung der Lage?

Paris, 7. August. Der Londoner Vertreter des 'Morning Post' hat die Lage seit gestern für gebessert.

Zum Ministerbesuch in Ostpreussen.

Königsberg, 7. August. (Eig. Drahtnachricht.) Die hier weilenden Reichsminister Koch und Dr. Geiler verhandelten gestern mit den Vertretern der polnischen

wirtschaftlichen und berufständlichen Organisationen und der Presse über die belarischen Fragen, die sich aus der deutschen Neutralität im russisch-polnischen Krieg für Ostpreussen ergeben.

Dr. Geiler hat heute der hiesigen Presse Mitteilungen über die Ergebnisse gemacht, die der Reichsminister hier erhalten hat und über die Beurteilung, die der Minister der militärischen Lage hinsichtlich der Grenze nach der Beobachtung für Ostpreussen angesehen sieht.

Mit ganz besonderer Aufmerksamkeit hat der Minister von dem Bericht des letzten Wiederaufbaues in den Gebieten, die 1914 und 15 von den Russen heimgegriffen waren, Kenntnis genommen.

Bei Festhaltung der ostpreussischen Truppen konnte Dr. Geiler sich von dem ausgezeichneten Zustand und der guten Stimmung der Truppen überzeugen.

Wichtigste Nachrichten über den Bau des Kabinetts. WTB, Berlin, 7. August. (Eig. Drahtnachricht.) Die 'Polnische Postzeitung' macht Mitteilungen, wonach die Aussicht auf einen Besuch des Abg. Korfuss als Vizepräsident in das Kabinett ausstehen, auf die Bildung des Wiederaufbauministeriums zu verzichten und dieses Ministerium in ein dem Ausserordentlichen Minister des Innern unterstellt zu werden.

Die deutsche W.A. Zeitung hat, handelt es sich bei diesen Mitteilungen um Kombinationen, die das Kabinett in seiner Weisung beschäftigt haben.

Polnische Wirtschaft.

Berlin, 7. August. (Eig. Drahtnachricht.) Auf Grund der Schwierigkeiten an Polen sind wir verpflichtet, eine große Anzahl von Wagons an Polen zu liefern.

Warnung für Auswanderer nach Russland.

WTB, Moskau, 6. August. Der Volkskommisariat für auswärtige Angelegenheiten hat folgende Mitteilung bekannt: Auf Grund einer Mitteilung des russischen Vertreters Kopp bezüglich der in Berliner Tageszeitungen durch unverantwortliche Personen ausgetretenen Nachrichten, daß Tausende von deutschen Auswanderern in der nächsten Zeit nach Russland abreisen können, wird hierdurch folgende Warnung für die Auswanderer gegeben: Es ist zu erwarten, daß die russischen Behörden, die ohne vorherige Erlaubnis der russischen Sowiejregierung und ohne die erforderlichen Dokumenten in den russischen Grenzorten erfaßt zu haben, die Absicht aus Deutschland unternehmen werden, beziehungsweise von der russischen Grenze zurückgeführt werden müssen.

Der am 1. Juli von Stettin abgegangene Transport ist von den russischen Behörden übernommen worden. Unter Berücksichtigung der äußerst schwierigen Lage der ankommenenden Auswanderer, die in Anbetracht der Grenzschwierigkeiten für ihre Fahrt nach Osten unter den gegebenen Umständen mit weiteren Schwierigkeiten zu rechnen.

Die Frage des Banats.

Paris, 7. August. (Eig. Drahtnachricht.) Nach einer Meldung des 'Journal' aus Belgrad wird dort der König von Rumänien mit mehreren Ministern erwartet.

Besserung der Lage?

Paris, 7. August. Der Londoner Vertreter des 'Morning Post' hat die Lage seit gestern für gebessert.

Zum Ministerbesuch in Ostpreussen.

Königsberg, 7. August. (Eig. Drahtnachricht.) Die hier weilenden Reichsminister Koch und Dr. Geiler verhandelten gestern mit den Vertretern der polnischen

wirtschaftlichen und berufständlichen Organisationen und der Presse über die belarischen Fragen, die sich aus der deutschen Neutralität im russisch-polnischen Krieg für Ostpreussen ergeben.

Dr. Geiler hat heute der hiesigen Presse Mitteilungen über die Ergebnisse gemacht, die der Reichsminister hier erhalten hat und über die Beurteilung, die der Minister der militärischen Lage hinsichtlich der Grenze nach der Beobachtung für Ostpreussen angesehen sieht.

Mit ganz besonderer Aufmerksamkeit hat der Minister von dem Bericht des letzten Wiederaufbaues in den Gebieten, die 1914 und 15 von den Russen heimgegriffen waren, Kenntnis genommen.

Bei Festhaltung der ostpreussischen Truppen konnte Dr. Geiler sich von dem ausgezeichneten Zustand und der guten Stimmung der Truppen überzeugen.

Wichtigste Nachrichten über den Bau des Kabinetts. WTB, Berlin, 7. August. (Eig. Drahtnachricht.) Die 'Polnische Postzeitung' macht Mitteilungen, wonach die Aussicht auf einen Besuch des Abg. Korfuss als Vizepräsident in das Kabinett ausstehen, auf die Bildung des Wiederaufbauministeriums zu verzichten und dieses Ministerium in ein dem Ausserordentlichen Minister des Innern unterstellt zu werden.

Die deutsche W.A. Zeitung hat, handelt es sich bei diesen Mitteilungen um Kombinationen, die das Kabinett in seiner Weisung beschäftigt haben.

Polnische Wirtschaft.

Berlin, 7. August. (Eig. Drahtnachricht.) Auf Grund der Schwierigkeiten an Polen sind wir verpflichtet, eine große Anzahl von Wagons an Polen zu liefern.

Warnung für Auswanderer nach Russland.

WTB, Moskau, 6. August. Der Volkskommisariat für auswärtige Angelegenheiten hat folgende Mitteilung bekannt: Auf Grund einer Mitteilung des russischen Vertreters Kopp bezüglich der in Berliner Tageszeitungen durch unverantwortliche Personen ausgetretenen Nachrichten, daß Tausende von deutschen Auswanderern in der nächsten Zeit nach Russland abreisen können, wird hierdurch folgende Warnung für die Auswanderer gegeben: Es ist zu erwarten, daß die russischen Behörden, die ohne vorherige Erlaubnis der russischen Sowiejregierung und ohne die erforderlichen Dokumenten in den russischen Grenzorten erfaßt zu haben, die Absicht aus Deutschland unternehmen werden, beziehungsweise von der russischen Grenze zurückgeführt werden müssen.

Der am 1. Juli von Stettin abgegangene Transport ist von den russischen Behörden übernommen worden. Unter Berücksichtigung der äußerst schwierigen Lage der ankommenenden Auswanderer, die in Anbetracht der Grenzschwierigkeiten für ihre Fahrt nach Osten unter den gegebenen Umständen mit weiteren Schwierigkeiten zu rechnen.

Die Frage des Banats.

Paris, 7. August. (Eig. Drahtnachricht.) Nach einer Meldung des 'Journal' aus Belgrad wird dort der König von Rumänien mit mehreren Ministern erwartet.

Ämliche Bekanntmachungen.

Bekanntmachung.

Die durch Bekanntmachung des 8. Juli 1920 (Sächsische Allgemeine Zeitung vom 10. Juni 1920 - Nr. 161 -) und vom 23. Juni 1920 (Sächsische Allgemeine Zeitung vom 29. Juni 1920 - Nr. 172 -) erlassenen Anordnungen betr. Bekämpfung der Maul- und Klauenseuche werden hiermit aufgehoben. Die Bekämpfung der Seuche gilt die Viehseuchenpolizeiliche Anordnung vom heutigen Tage.

Bekanntmachung.

Die durch Bekanntmachung des 8. Juli 1920 (Sächsische Allgemeine Zeitung vom 10. Juni 1920 - Nr. 161 -) und vom 23. Juni 1920 (Sächsische Allgemeine Zeitung vom 29. Juni 1920 - Nr. 172 -) erlassenen Anordnungen betr. Bekämpfung der Maul- und Klauenseuche werden hiermit aufgehoben. Die Bekämpfung der Seuche gilt die Viehseuchenpolizeiliche Anordnung vom heutigen Tage.

Viehseuchenpolizeiliche Anordnung.

Zum Schutze gegen die Maul- und Klauenseuche wird auf Grund der §§ 18 ff. des Viehseuchengesetzes vom 28. Juni 1909 (Reichs-Gesetzblatt 40) und Ermächtigung des Ministers für Landwirtschaft, Domänen und Forsten folgendes bestimmt: Die Grundstücke Gemarkung 35 und Wilhelmstraße 25 in Halle bilden einen einheitlichen Sperrebezirk, das Grundstück Talstraße 6 in Halle bildet einen Sperrebezirk für sich. Für die Sperrebezirke gelten folgende Bestimmungen:

1. Die verletzlichen Gebiete werden gegen den Verkehr mit Tieren und mit solchen Gegenständen, die Träger des Antidrudersstoffes sein können, in folgender Weise abgesperrt:
 - a) Sämtliche Klauenvieh (Rinder, Schafe, Ziegen, Schweine) unterliegt der Sperre.
 - b) Die Verwendung der auf den Gebieten befindlichen Pferde und sonstigen Einhufer außerhalb der gesperrten Gebiete ist gestattet, jedoch, insofern diese Tiere in gesperrten Ställen untergebracht sind, nur unter der Bedingung, daß ihre Hufe vor dem Verlassen der Gebiete desinfiziert werden.
 - c) Geflügel ist so zu verfahren, daß es die Gebiete nicht verläßt, falls für Tausch gilt dies insofern, als die örtlichen Verhältnisse die Vermeidung ermöglichen.
 - d) Fremdes Klauenvieh ist von den Gebieten fernzuhalten.
 - e) Das Weggeben von ungesperrtem Vieh aus dem Gebiete ist verboten. Vor Abgabe muß die Milch entweder abgeseigt oder auf 55 Grad Celsius erhitzt werden.
 - f) Dünger darf aus den verletzlichen Ställen nur dann entfernt werden, wenn er vorher mit kochsalzreicher (1 Liter frisch-gelassener Kalz auf 3 Liter Wasser) übergossen wird, oder wenn er sofort nach Entfernung aus dem Stalle, gemäß besonderer Anweisung durch den Kreisrat, abgeholt wird.
 - g) Die Abfuhr von Dünger und Jauche aus dem Gebiete ist während des Bestehens der Seuche verboten. Ausnahmen hierzu unterliegen der Genehmigung der Ortspolizeibehörde.
 - h) Die Ausfuhr von Futter und Streuorästen ist für die Dauer der Seuche verboten. Ausnahmen unterliegen der Genehmigung des Landrats, in Stadtkreisen der Ortspolizeibehörde.
 - i) Gerüstfellen, Felle, Sehnen, Sehnenstücke und sonstige Gegenstände müssen, insofern sie mit dem kranken oder verdächtigen Tier oder deren Exkreten (z. B. Harn, Jauche, Milch, Blut) in Berührung gekommen sind, während nicht aus dem Gebiete herausgebracht werden, bevor sie desinfiziert worden sind.
 - j) Wolle darf nur in festen Säcken verpackt aus den Gebieten ausgeführt werden.
 - k) Gefährliche Leuchtstoffe oder leuchtverdrängende Tiere sind alsbald dem einschlägigen Vorarbeiten entsprechend der zuständigen Behörde zur unschädlichen Beseitigung anzumelden.
 - l) Bei Schlachtungen im Seuchengebiet sind die zerstückten Teile von Leuchtstoffen oder verdächtigen Tieren nach Anweisung des amtlichen Fleischbeschauers zu behandeln.
2. Die bei der Schlachtung festgestellten Personen haben sich vor dem Verlassen des Gebiets zu desinfizieren (Händer, Füße, Gürtel und Säure). Desinfizierendes Leuchtstoff oder verdächtiger Tiere dürfen ohne vorherige Desinfektion (vollkommene Trocknung, 24stündiges Einlegen in dünne Kalzmilch oder Reinigung - bei Säuten an der Sonne) - und nachträglichen gründliches Abwischen mit einem Desinfektionsmittel - (Säffer 3) aus dem Gebiete nicht entfernt werden.
3. Erleichterungen von diesen Vorschriften sind nur im zwingenden wirtschaftlichen Gründen und nur mit meiner Genehmigung zulässig.

2. Die Stallräume der verletzlichen Gebiete des Gebiets, die Wege von den Tieren dieser Gebiete und von den Eingängen der Gebiete, die Wege an den Ställen und in den zugehörigen Hofräumen sowie die etwaigen Abflüsse aus den Dampfküchen oder den Viehställen sind täglich mindestens einmal mit dünner Kalzmilch (1 Liter frisch gelassener Kalz auf 20 Liter Wasser) zu übersprühen.

Bei Frottwetter kann an Stelle des Leuchtstoffes mit Kalzmilch besprengen mit geputztem frisch abgeseigtem Kalz erfolgen.

3. Die verletzlichen Gebiete (Ställe) dürfen, abgesehen von Notfällen, ohne ortspolizeiliche Genehmigung nur von dem Besitzer, dessen Vertreter, den mit der Wartung und Pflege der Tiere beauftragten Personen und Tierärzten betreten werden. Personen, die in abgesehenen Fällen betreten dürfen, müssen sich vor Eintritt in das Gebiete desinfizieren, bevor sie das Seuchengebiet verlassen. (Reinigungsmittel sind mit verdünntem - 2 Proz. - Cresolwasser, 2 Proz. Carbolsäurelösung, 1 1/2 Proz. Sublimatlösung, 1 Proz. Normalindolnatrium, zu befeuchten und feucht abzuwischen; Säubereich ist zu weichen oder nach Reinigung mit einem der genannten Desinfektionsmittel, nämlich an der Bodenfläche, sofortig zu ansäuern; Hände und sonstige Körperteile, die mit dem kranken und verdächtigen Tieren in Berührung gekommen sind, müssen mit Seifenwasser geäubert und mit Desinfektionsmittel abgewaschen werden.)

4. Die Benutzung der Klauenvieh in den Gebieten dürfen Personen nicht verwendet werden, die mit fremdem Klauenvieh in Berührung kommen.

5. Das Abholen von Veranhaltungen in den Seuchengebieten, die eine Ansammlung einer größeren Zahl von Personen im Gefolge haben, ist vor der Ortspolizeibehörde zu beantragen.

6. Mit den an den Seuchengebieten vorbeifahrenden Straßen kann der Verkehr, ohne Genehmigung der Ortspolizeibehörde, nur unter der Bedingung des Transports und der Benutzung von Tieren jeder Art anordnen.

7. An den Haupteingängen der Seuchengebiete und an den Eingängen der Ställe oder sonstiger Ställe, wo sich leuchtstoffhaltige oder verdächtige Klauenvieh befindet, sind Tafeln mit der deutlichen und lesbaren Aufschrift „Maul- und Klauenseuche“ leicht sichtbar anzubringen.

8. Sämtliche Klauenvieh nicht verletzlicher Gebiete des Sperrebezirks unterliegt der Absonderung im Stalle (Stallställe). Jedoch darf das abgetrennte Klauenvieh zur sofortigen Schlachtung entfernt werden, sofern unmittelbar vor der Ausführung der Tiere zur Schlachtküche durch amtserlaubte Untertanen festgehalten wird, daß der getrennte Klauenviehstand des Gebiets noch leuchtstofffrei ist. Die Genehmigung ist, wenn die Schlachtung im Seuchengebiet erfolgen soll, vom Landrat, in Stadtkreisen von der Ortspolizeibehörde einzuholen. Auf die Schlachtungen finden die Vorschriften in § 1 Anwendung.

9. Sollen die Tiere mit der Eisenbahn befördert werden, so ist von der Ortspolizeibehörde die Genehmigung zu beantragen, auf der der Verladung erfolgen soll, unersichtlich in Kenntnis zu setzen. Die Stadtbahnen sind mit dem Bemerke „Sperrebezirk“ zu versehen, den auf gelben Zetteln auf die Eisenbahnwagen erhalten, in denen die Tiere befördert werden. Den Stadtbahnen ist ferner die Ausnahmegenehmigung beizufügen. (Sperrebezirk) ist ferner die Ausnahmegenehmigung beizufügen. (Sperrebezirk) ist ferner die Ausnahmegenehmigung beizufügen.

10. Sofern dringende wirtschaftliche Gründe die Anstellung oder die unentgeltliche Durchführung der Absonderung des Klauenviehs der nicht verletzlichen Gebiete unzulässig erscheinen lassen, sind begründete Anträge einzureichen.

11. Sämtliche Hunde sind schlaflos. Der Festlegung ist das Führen an der Leine und bei Hundstößen die feste Anführung gleich zu erlassen. Die Verwendung von Hundstößen zur Beseitigung von Herden und von Jagdhunden bei der Jagd ohne Leine wird jedoch verboten.

12. Für den ganzen Bereich des Sperrebezirks, d. h. sowohl für die verletzlichen, wie für die nicht verletzlichen Gebiete, gelten folgende Bestimmungen:

1. Sämtliche Hunde sind schlaflos. Der Festlegung ist das Führen an der Leine und bei Hundstößen die feste Anführung gleich zu erlassen. Die Verwendung von Hundstößen zur Beseitigung von Herden und von Jagdhunden bei der Jagd ohne Leine wird jedoch verboten.

2. Schlächtern, Viehhändlern, sowie Säubern und anderen Personen, die geweremäßig in Ställen verkehren, ferner Personen, die eine Gemerbe im Umhergehen ausüben, ist das Betreten aller Ställe und sonstiger Standorte von Klauenvieh im Sperrebezirk, begünstigt der Eintritt in die Seuchengebiete verboten. In besonders dringlichen Fällen kann die Ortspolizeibehörde Ausnahmen zulassen.

3. Dünger und Jauche von Klauenvieh, ferner Gerüstfellen und Gegenständen aller Art, die mit solchen Vieh in Berührung gekommen sind, dürfen aus dem Sperrebezirk nur mit ortspolizeilicher Erlaubnis unter den polizeilich anzuordnenden Vorkehrungen ausgeführt werden.

4. Die Einfuhr von Klauenvieh zur sofortigen Schlachtung kann vom Landrat, in Stadtkreisen von der Ortspolizeibehörde, unter der Bedingung gestattet werden, daß die Einfuhr zu Wagen erfolgt.

5. Die Einfuhr von Klauenvieh zu Haus oder zu anderen Orten in nicht verletzliche Gebiete des Sperrebezirks ist nur im Falle eines besonders dringenden wirtschaftlichen Bedürfnisses mit meiner Genehmigung zulässig.

6. Die Ver- und Entladung von Klauenvieh auf den Eisenbahnstationen (Schiffsstationen) des Sperrebezirks ist verboten, sofern nicht besondere Genehmigung dazu erteilt worden ist.

7. Im Seuchengebiete ist verboten:

- a) Die Abhaltung von Klauenviehmärkten, mit Ausnahme der Klauenviehmärkte in Schlachtküchen, sowie der Auktions- und Klauenvieh auf Jahr- und Wochenmärkte. Dieses Verbot erstreckt sich auch auf marktähnliche Veranstaltungen.
- b) Der Handel mit Klauenvieh, auch bezogen mit Geflügel, der ohne vorgängige Bestellung entweder außerhalb des Gemeindebezirks der gewerblichen Niederlassung des Sändlers oder ohne Begründung einer solchen stattfindet (Handel im Umhergehen). Als Handel im Sinne dieser Vorschrift gilt auch das Ausführen von Bestellungen durch Sändler ohne Zutreten von Tieren und das Anfahren von Tieren durch Sändler.
- c) Die Veranstaltung von Wettbewerben von Klauenvieh. Der Verbot findet keine Anwendung auf Wettbewerben auf dem eigenen nicht gesperrten Gebiete des Besitzers, wenn nur Tiere zum Verkauf kommen, die sich mindestens 3 Monate im Besitze des Besitzers befinden.
- d) Die Abhaltung von öffentlichen Tiergärten mit Klauenvieh.
- e) Das Weggeben von nicht ausreichend erhitzter Milch (§ 1 Abs. 1) aus Sammelmolkereien an landwirtschaftliche Betriebe, in denen Klauenvieh gehalten wird, sowie die Verwertung solcher Milch in den eigenen Viehhöfen der Molkerei, ferner die Entfernung der Milch zur Anlieferung der Milch und zur Ablieferung der Milchdrüsenbecken bei der Molkerei, bevor sie mittels aromatischer Wässhampfen oder durch Ausfischen in Wasser oder durch Anbringen von Schießpulver für die Dauer von mindestens zwei Minuten abzuwischen der Außen- und Innenflächen desinfiziert sind.

8. Diese Anordnung tritt mit ihrer Veröffentlichung in Kraft.

9. Zuwiderhandlungen gegen die vorstehenden Bestimmungen vom 28. Juni 1909 (Reichs-Gesetzblatt S. 519 ff.) bestraft.

Seite, den 6. August 1920. Die Polizeiverwaltung.

Bekanntmachung.

betreffend Viehseuchenpräventionsbeiträge.

Auf Grund des § 10 der Vorschriften über das Verfahren bei der Aufzeichnung und Erhebung der Viehseuchenpräventionsbeiträge vom 24. August 1912 bringen wir hierdurch zur allgemeinen Kenntnis, daß das Verzeichnis der betragsmäßigen Viehseuchenpräventionsbeiträge für das Jahr 1919 zu entrichtenden Beiträgen vom 9. bis 22. August d. J. im Magistratsbüro VII, Schmeierstr. 1, Zimmer 17, öffentlich ausliegt.

Anträge auf Berichtigung des Verzeichnisses sind spätestens binnen 10 Tagen nach Ablauf der Auslegungfrist bei uns anzubringen.

Seite, den 5. August 1920. Der Magistrat.

Bekanntmachung.

betreffend Viehseuchenpräventionsbeiträge.

Auf Grund des § 10 der Vorschriften über das Verfahren bei der Aufzeichnung und Erhebung der Viehseuchenpräventionsbeiträge vom 24. August 1912 bringen wir hierdurch zur allgemeinen Kenntnis, daß das Verzeichnis der betragsmäßigen Viehseuchenpräventionsbeiträge für das Jahr 1919 zu entrichtenden Beiträgen vom 9. bis 22. August d. J. im Magistratsbüro VII, Schmeierstr. 1, Zimmer 17, öffentlich ausliegt.

Anträge auf Berichtigung des Verzeichnisses sind spätestens binnen 10 Tagen nach Ablauf der Auslegungfrist bei uns anzubringen.

Seite, den 5. August 1920. Der Magistrat.

Staatl. Solbad Elmen b. Magdeburg
(Station Gr. Salze-Elmen.)

Frauen- u. Kinderbad. Längstes Gradierwerk der Welt. Beste Heilerfolge bei Skroflose, Drüsen, Hals- und Nasenleiden, Rachitis.

Herrliche Parkanlagen; täglich drei Konzerte. Prospekt durch die Badeverwaltung.

Friedrichroda Thüringer Wald
Beliebt Sommer- u. Winterkurort Thüringens n. Schloss a. Park Reinhardsbrunn. Alle hygien. Einrichtungen. Voll. Kurbetrieb. Prospekt: Städtische Kurverwaltung.

Schroth- Regenerations- u. a. Kuren in Sommersee - Saalefeld, Thür. Wald-Sanatorium.

Diätet. Kuren Dr. Meißner's Sanatorium
Dresden, Loschwitz
Gasthof Erling, Dresden-Kranich.

Rechtsanwalt
Nemann, Rechtsanwalt.
Mein Büro befindet sich Gr. Ulrichstr. 541, Fernsprecher 6690.

Rudolf Kraemer, Dentist.
Nur Leipzigerstrasse 21, II, gegenüber dem Passage-Theater.
Telefon 4643. Sprechzeit 9-12, 2-6.

Patentanwaltbüro Sack,
Leipzig, Brühl 2.

Techn. Öle u. Fette
C. Scheber, Delgrosshandlung,
Halle a. S., Schwetschkestr. 39.

Geschlechts-Kranke
Rasche Hilfe! - Doppelte Hilfe!
Harnröhrenentzündung, fester und beweglicher Knoten, Gelung in kürzester Frist. Syphilis, alle Geschlechtskrankheiten, alle Stadien, alle Formen. Mannschwäche, Infertilität, etc. Hier steht der Arzt, der in ein zehnjähriges Studium über die Geschlechtskrankheiten mit allen den neuesten Methoden der Behandlung und der Vorbeugung verweilt hat. Spezialarzt Dr. med. Danmann, Berlin G. 77, Potsdamer Str. 123 B. Sprechstunden: von 9-11 u. 2-4 Uhr. Sonntag 10-11 Uhr. Große Kapelle bei Hofplatz gegenüber, kann die ständige Besuche genant werden sein.

Offene Stellen
Nebenverdienst
bis 1000 RM. monatlich, leicht zu machen, ohne Vorkenntnisse. Sendung des Prospekts an: H. Schöler, c/o: H. Wehrlich & Co., G. m. b. H., Berlin-Glückliche, Postfach 451.

Beretreter Pianos,
H. Liders, Mittelstr. 9/10.

Zu verkaufen
Erstkl. Herrschaftssitz im Königreich Sachsen, unv. Bauden. ca. 430 Hektar, groß, durchein. Weizen, 65 Hektar. Vieh, krocker. 165 Hektar. Kompf. 100 Hektar. (Metropolis, Dresden). Gärten, ca. 20 Hektar. u. aff. (Kornl., großer Park und Obstgarten, im unv. Bereich). 100 Hektar. Hofe. 100 Hektar. Julius M. Bier, Berlin W. 8, Leipzigerstr. 26, geg. 1890.

Elektrische Plättisen
ca. 3/4, kg 110/130 oder 220/240 Volt sauber gearbeitet und gut vernickelt. Preis: Auftrags des Artikels mit Zulassung zu Mk. 95.- pro Stück zu verkaufen. Bei größerer Abnahme billiger.

Wilt. Weiss
Metallwarenfabrik, Heidersbach-Suhl.
Telefon 100 Suhl.

Untericht
Ingenieur - Akademie
Wismar a. d. Ostsee.
Prog. d. d. Sekretariat.

Kinderrade-Wannen
lackiert und mit Bock.
G. Brose, Gr. Sandberg 8.

Unerfahrene Frauen
lassen sich irreführen und kaufen teure nutzlose Mittel. Setzen Sie jedoch klug und werden Sie sich bei Regal-Stockung nur an A. Schlenz, Hauptstr. 1, Ausgabe 45, wenden. Wenn alle vergeblich, lassen Sie sich noch einmal Mut und brauchen mehr anerkennen. Wir sind Spezialmittel. Vollkommen unschädlich. Garantie. Erfolg in 3 Tagen. Ohne Berührung. Störung. Zahlreiche Dank-schreiben. Disk. Ver-sand.

Unterrichts-Anzeigen

Buchführung.
Kaufmänn. Privatschulen
Wih. Baer, Geiststr. 41.
C. Lewin, Steinweg 45.
H. Dittenberger, Händelstrasse 6.

Schreibmaschine.
Kaufmänn. Privatschulen
Wih. Baer, Geiststr. 41.
C. Lewin, Steinweg 45.
H. Dittenberger, Händelstrasse 6.

Stenographie.
Kaufmänn. Privatschulen
Wih. Baer, Geiststr. 41.
C. Lewin, Steinweg 45.
H. Dittenberger, Händelstrasse 6.

Tanz-Unterricht.
H. Weber, Nordthor-Str. 52.
Teich- u. Hoehnen, 12, Berl.

Notgeld!
Sommer, verlangt Preisfreie über ausstehende Pöster bei Behorr. Prag, Postross 7/65.

Asthma
kann geheilt werden. Sprechen in Halle, Magdeburg, etc. 60 H. (den Sommerabend von 10-11 Uhr). Dr. med. Altmeyer, Spezialist, Berlin SW. 11.

Roll- u. Zug-Jalousien
liefern u. reparieren
Franz Rudolph & Co.
Krausenstrasse 16.
Fernspr. 2106.